

## **Antrag betreffend:**

**„Ja zu Europa, Ja zum Euro  
Nein zu Euro Bonds, Nein zu Generalvollmachten“**

**Antragsteller: Liberale Frauen Wiesbaden**

### Vorbemerkung:

Eine Mischung verschiedener Komponenten hat Europa in eine nie dagewesene Schuldenkrise gestürzt, die den Euro existentiell gefährdet. Wir haben eine Währungsunion geschaffen, ohne zumindest die Finanzpolitik zu vergemeinschaften, wir haben zwar Stabilitätskriterien im Maastricht-Vertrag geschaffen, deren Nicht-Einhaltung jedoch nicht sanktioniert wurde, und wir haben aus politischen Gründen Staaten aufgenommen, denen Haushaltsdisziplin bislang eher ein Fremdwort war. Das Ergebnis dieser inkonsequenten Politik erleben wir aktuell – eine Schuldenkrise nie gekanntes Ausmaßes, ein Flächenbrand im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Einführung von Euro Bonds, also von gemeinsamen Staatsanleihen, hieße, die Stabilitätssünder zu belohnen, während andere Staaten, die solide gewirtschaftet haben, allen voran Deutschland, die Schulden der Stabilitätssünder bezahlen müssten. Euro Bonds sind ein sozialistisches Instrument der Gleichmacherei, die unsere eigene Bonität massiv unter Druck setzen werden. Der einzige Weg aus der Krise ist solide Haushaltspolitik - natürlich ist das unbequemer, aber der richtige Weg ist selten der leichteste. Eben gerade weil wir eine gemeinsame Währung haben, brauchen wir Zinsunterschiede am Kapitalmarkt, um die Kapitalströme in Schach zu halten. Eine Vergemeinschaftung der Schulden durch Euro-Bonds ist deshalb keinesfalls akzeptabel. Mangelnde Haushaltsdisziplin darf nicht belohnt werden.

### Die Mitgliederversammlung der FDP Wiesbaden möge beschließen:

Die Mitgliederversammlung der FDP Wiesbaden fordert die hessischen Bundestagsabgeordneten auf, gegen die Einführung von Euro-Bonds zu votieren und dem Weg in eine Transfer-Union die Zustimmung zu verweigern. Sie spricht sich für den EU-weiten Abbau der Staatsverschuldung als Weg aus der Krise aus und für eine strenge Haushaltsdisziplin der EU-Mitgliedstaaten.

Sie fordert die hessischen Bundestagsabgeordneten darüber hinaus auf, für die strikte Wahrung des Haushaltsrechts des Deutschen Bundestages zu kämpfen und keine Bestrebungen und keine Entscheidungen zu befürworten, die dies unterlaufen. Die Europäische Union leidet seit ihrer Gründung unter einem Demokratiedefizit, das aus Gründen der Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses bei den EU-Bürgerinnen und -Bürgern nicht noch weiter vertieft werden darf.

### Begründung:

erfolgt mündlich